

4/1996

Aktionsprogramm der Bundesregierung  
für Investitionen und Arbeitsplätze

# Konkrete Schritte in fünfzig Punkten

„Die marktwirtschaftliche Erneuerung muß schneller vorankommen.“ Das ist das Ziel eines „Aktionsprogramms für Investitionen und Arbeitsplätze“, das die Bundesregierung am 30. Januar beschlossen hat.

Fünfzig Punkte sehen ganz konkrete Schritte vor, um vor allen Dingen einen nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit zu erreichen, der von den wieder stärker werdenden Wachstumskräften der Wirtschaft in diesem Jahr allein nicht zu erwarten wäre.

Daß in Deutschland gegenwärtig über fünf Millionen wettbewerbsfähige Arbeitsplätze fehlen, ist nicht akzeptabel und fordert Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften gemeinsam dazu heraus,

- Freiräume für Beschäftigungsdynamik zu schaffen,
- Freiräume für Innovationen zu vergrößern,
- Kosten zu senken,
- Subventionen abzubauen und die
- Flexibilität der Märkte zu erhöhen.

**Der Standort Deutschland muß im globalen Wettbewerb unbedingt fit gemacht werden.**

## HEUTE AKTUELL

### ● Steuern

Unsere Solidarität bleibt. Der Zuschlag wird schrittweise abgebaut. Seite 3

### ● Renten

Rentenanpassung soll Abstand zum Westen verringern. Eine Kürzung von Renten steht nicht zur Diskussion. Seite 8

### ● 27. Januar

Generalsekretär Peter Hintze: Die Erinnerung wachhalten. Seite 11

### ● PDS

Auferstanden aus Ruinen ... ? Die PDS nach dem Superwahljahr 1994. Eine neue Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung. Seite 16-17

## DOKUMENTATION

Aktionprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze. Der Beschluß der Bundesregierung vom 30. Januar 1996 im Wortlaut. Grüner Teil



## Kommentare zum Aktionsprogramm der Bundesregierung vom 30. Januar

### Ein erster Schritt

*Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist eingeläutet. Die strategischen Ziele für die Steuern und für die Lohnzusatzkosten sind formuliert. Ein erster Schritt zur Verwirklichung ist getan, dem aber noch sehr viele andere folgen müssen.*

Saarländischer Rundfunk (S2)

### Maßnahmenbündel

*Die Bundesregierung hat per Kabinettsbeschluß ihr "Aktionsprogramm" ins Gesetzgebungsverfahren entlassen. Vor den Beschäftigungseffekt, den das Maßnahmenbündel bringen soll, haben die Väter der Demokratie aber den sogenannten politischen Prozeß gesetzt: Erst nach Monaten wird sich zeigen, was aus den konkreten Ankündigungen - etwa der Abschaffung der Vermögensteuer oder der Reform der Unternehmenssteuer - und den etwas vageren Andeutungen - Rückkehr zu einem günstigeren Tarif bei der Einkommensteuer - wirklich werden wird. Ein entscheidendes Wort wird der Bundesrat mitzusprechen haben. Wegen einer Reihe von Maßnahmen im Bereich des Steuer- und Sozialrechts ist die Zustimmung der Länder unerläßlich. Da lauern geldwerte Streitpunkte, weil die Finanzen der Länder und Gemeinden betroffen werden. Es wird aber auch reichlich Platz für ideologisch maskierten Disput sein.*

Frankfurter Allgemeine Zeitung

### Der Vitaminstoß

*In diesen Tagen ist viel von Pakten und Paketen die Rede, von Aktionsprogrammen und Bündnissen. Erwartet werden Signale und Offensiven. Der Grund für*

*diese Aktivitäten ist im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung nachzulesen: Die Wirtschaft wächst zwar, aber mit nur mäßigem Tempo, und die Arbeitslosenzahlen steigen weiter. Der Handlungsbedarf ist also nicht zu übersehen. Nach dem Bündnis für Arbeit hat auch die Bundesregierung ihre Arbeit getan und ein Paket geschnürt, das ausreichen soll, um die Probleme meistern zu können. Notwendig ist entschlossenes Handeln im Rahmen eines Gesamtkonzeptes - so ist es ebenfalls im Jahreswirtschaftsbericht zu lesen.*

*Zu den Aktivposten zählt ohne Zweifel die geplante Offensive zur steuerlichen Entlastung von Existenzgründern. Der Mittelstand ist noch am ehesten in der Lage, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Voraussetzung aber ist, daß der Staat nicht schon am Gründungstag mit seiner Steuerpolitik die vorhandenen Investitionsspielräume wieder vernichtet.*

General-Anzeiger, Bonn

### Nicht zerreden

*Es darf nicht dahin kommen, daß sofort alles wieder zerredet wird, um die gemeinsamen Schritte zur Verbesserung der gesamten Lage zu verhindern. Die Stärkung der Unternehmen durch allerlei Steuer-senkungen darf ebenso wenig verteufelt werden wie die mühsame Reduzierung der Sozialabgabenquote auf wieder unter 40 Prozent. Der Einstieg in den Abbau des Solidaritätszuschlags von Mitte nächsten Jahres an sollte nicht rundweg als falsches Signal abgetan werden. Die Lohn-, Einkommen- und Körperschaftssteuerzahler können eine Entlastung wirklich gebrauchen.*

Hessischer Rundfunk



# Unsere Solidarität bleibt!

## Der Zuschlag wird schrittweise abgebaut

Zur Bewältigung der Erblast des Sozialismus und zum Aufbau in den neuen Bundesländern zahlen die Deutschen in Ost und West einen Zuschlag von 7,5 Prozent auf Lohn- und Einkommensteuer. Sie leisten damit einen solidarischen Beitrag für eine historisch einmalige nationale Aufgabe. In den ersten fünf Jahren der Einheit sind über 600 Milliarden DM von West nach Ost geflossen.

Viel ist inzwischen erreicht worden. Die neuen Länder haben sich zur dynamischsten Wachstumsregion in Europa entwickelt. Unsere Nachbarn bewundern diese enorme Aufbauleistung. Es ist jetzt an der Zeit, die Höhe der Belastungen zu überprüfen. So ist es in der Koalitionsvereinbarung vorgesehen.

### Zwei Gesichtspunkte sind entscheidend:

**1.** Unser Land darf keine neuen Schulden machen. Neue Schulden sind in der Regel die Steuererhöhungen von morgen. Im übrigen muß Deutschland sich fit machen für die europäische Zukunft. Die Kriterien des Maastricht-Vertrages fordern, daß die Neuverschuldung nicht höher als 3 Prozent des Bruttonettoproduktes sein darf. Dieses Ziel haben wir noch nicht erreicht.

**2.** Die finanziellen Lasten zwischen Bund und Ländern müssen fair verteilt werden. Deshalb hat der Bund 1993 den

Ländern einen Teil seines Umsatzsteueraufkommens überlassen, um einen Ausgleich zu schaffen für den Beitrag der Länder zum Aufbau Ost.

Inzwischen haben sich die finanziellen Verhältnisse verändert. Die Länder erhalten schon heute mehr aus den ihnen überlassenen Anteilen an der Umsatzsteuer, als sie für den Aufbau Ost benötigen: In diesem Jahr 1,7 Milliarden DM; im nächsten Jahr werden es sogar rund 3 Milliarden DM sein. Deshalb ist es nur gerecht, wenn die Länder ihre für den Aufbau Ost nicht mehr benötigten Ausgleichszahlungen an den Bund und damit an die Steuerbürger zurückgeben.

### Der Einstieg in den Abbau

Die Bundesregierung plant:

- Ab 1. Juli 1997 wird der Solidaritätszuschlag von derzeit 7,5 Prozent auf 5,5 Prozent abgesenkt.
- Die Steuermindereinnahmen werden in 1997 gegenfinanziert:
  - ▶ zu 3 Milliarden Mark aus dem nicht mehr benötigten Umsatzsteueranteil der Länder;
  - ▶ zu 1 Milliarde Mark aus Einsparungen im Bundeshaushalt.
- Der Abbau des Solidaritätszuschlages führt nicht zu einer Erhöhung der Neuverschuldung.
- Die neuen Bundesländer erhalten auch künftig die benötigten Finanzmittel.



## So wirkt sich der Abbau des Solidaritätszuschlages aus:

Alleinstehender Arbeitnehmer ohne Kinder Steuerklasse (I/0)			
Bruttomonatslohn	statt bisher	künftig	monatl. Entlastung
3000 DM	29,96 DM	21,97 DM	7,99 DM
4000 DM	52,99 DM	39,86 DM	14,13 DM
5000 DM	77,38 DM	56,74 DM	20,64 DM
6000 DM	103,50 DM	75,90 DM	27,60 DM

Verheiratete Arbeitnehmer mit zwei Kinder Steuerklasse (III/2)			
Bruttomonatslohn	statt bisher	künftig	monatl. Entlastung
6000 DM	38,73 DM	28,40 DM	10,33 DM
7000 DM	60,91 DM	44,66 DM	16,25 DM
8000 DM	83,15 DM	60,97 DM	22,18 DM

## Es kommt entscheidend auf die Länder an

Die Länder müssen bereit sein, im Geist der Solidaritätverhandlungen ihren Beitrag zur Entlastung der Bürger zu leisten. Über ihre Steuern haben die Bürger die Mehrbelastungen der Länder finanziert, die zum Aufbau Ost notwendig waren. Inzwischen sind die Länder nicht mehr auf einen vollen Ausgleich ihrer einigungsbedingten Sonderlasten angewiesen. Es ist deshalb ein Gebot der Gerechtigkeit, die Zusatzeinnahmen der Länder zugunsten einer Entlastung der Bürger zurückzuführen.

- Als Bündnis der reinen Lehre „mit der taktischen Vernunft“ beschreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 30. Januar die Absicht der Koalition, den Solidarzuschlag zurückzuführen. Auch wenn es, wie die Zeitung schreibt, dabei „in erster Linie um Koalitionspolitik“ gehe, sei die Rückführung doch gleichzeitig auch finanzpolitisch vernünftig:

*Es fügt sich, daß solche Art von Politikzuschnitt in diesem Fall auch ihre ökonomische Rechtfertigung findet. Der Beginn der Abschaffung des Solidarzuschlages sollte nicht als Einzelmaßnahme gesehen, sondern als Symbol für eine Wende der Politik verstanden werden: Der Staat reduziert zugunsten der Privaten seine Ansprüche an das wirtschaftliche Gesamtprodukt. Auf diese Botschaft wartet die Wirtschaft, die sich unter den dramatisch gestiegenen Lasten des Staates kaum mehr rühren kann.*

- Als ein „Bekanntnis zur Koalition“ versteht „Die Welt“ vom 30. Januar diese Einigung und lobt die Koalition für das deutliche Signal in Richtung dringend notwendiger Entlastung der Steuerzahler:

*Steuern sind zählebige Wesen. Und deshalb werden auch die, die nur „ganz vorübergehend“ eingeführt wurden, um dem Finanzminister aus schlimmster Not zu helfen, meist noch Jahrzehnte später brav erhoben. Deshalb ist die Koalition zu loben, weil sie ein Jahr nach der Einführung des Solidaritätszuschlages den Einstieg in den Ausstieg beschlossen hat – obwohl die Entscheidung, den Zuschlag deutlich zu senken, angesichts der Leere in Waigels Kasse mutig ist.*

**Wachstumsbedingte Steuermehreinnahmen werden nicht für höhere Staatsausgaben, sondern zur schrittweisen Senkung der Steuer- und Abgabenquote verwendet.**  
Regierungsprogramm von CDU und CSU



# Erhebliche Beschäftigungsimpulse durch Förderung von Existenzgründungen

**Immer mehr Arbeitslose machen sich mit Hilfe der Bundesanstalt für Arbeit (BA) selbständig. Mit rund 70.000 (West: rund 46.000/Ost: rund 24.000) im Jahre 1995 hat sich die Zahl der von der Bundesanstalt für Arbeit geförderten Existenzgründer im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppelt.**

An Überbrückungsgeld und Zuschüssen zu Aufwendungen zur Krankenversicherung und Altersversorgung zahlte die Bundesanstalt 1995 rund 822 Millionen DM aus.

Die steigende Nachfrage nach dieser Leistung ist nicht nur durch die ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarktes bedingt, sondern auch auf die Verbesserung der Förderkonditionen zurückzuführen.

Das Beschäftigungsförderungsgesetz 1994, das seit 1. August 1994 in Kraft ist, hat die Bezugsdauer des Überbrückungsgeldes auf grundsätzlich 26 Wochen festgelegt. Während dieser Zeit werden das bisherige Arbeitslosengeld oder die bisherige Arbeitslosenhilfe gezahlt. Gleichzeitig ist das Bewilligungsverfahren vereinfacht worden.

Die ersten Ergebnisse einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) über den Erfolg dieser Existenzgründungen, die schwerpunktmäßig im Handel sowie bei Vertretungen, Dienstleistungen und freiberuflichen Tätigkeiten (z. B. Ingenieurbüros) stattfinden, sind positiv.

Von den geförderten Existenzgründungen gehen erhebliche zusätzliche Beschäftigungsimpulse aus. Bezogen auf 100 geförderte Existenzgründer, gibt es 53 weitere Betriebsangehörige. Die Zahl ist umso beachtlicher, wenn man berücksichtigt, daß der Zeitraum zwischen der Existenzgründung und der Befragung der Existenzgründer relativ kurz war.

## Wenig Fehlschläge

Nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen des IAB ist mit rund sechs Prozent der Anteil derjenigen, die infolge mißlungener Existenzgründung erneut Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe beantragen mußten, sehr niedrig. Allerdings ist nicht auszuschließen, daß sich dieser Anteil mit wachsendem zeitlichen Abstand zur Förderung noch erhöhen wird. ■

## Neue Arbeitsplätze durch „Bio-Bahn-Burger“

**„Neue Arbeitsplätze für Arbeiterinnen und Arbeiter“ – unter diesem Motto sind am 17. Januar „Bio-Bahn-Burger“ (BBB) und Bio-Apfelsaft in der Hamburger U-Bahn auf der Linie U 3 verkauft worden.**

Die Aktion ist eine gemeinsame Veranstaltung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) und der Hamburger Hochbahn AG (HHA).

Nach Schätzung der Gewerkschaft ÖTV können ca. 10.000 Arbeitsplätze

geschaffen werden, wenn alle großen Verkehrsunternehmen einen Imbißservice anbieten würden. Außerdem würde der öffentliche Personennahverkehr erheblich attraktiver werden. Beispielsweise gehen viele morgens ohne Frühstück aus dem Haus. Ein Imbißangebot während der Fahrt würde manchen „kleinen Hunger“ stillen.

Bei dieser Aktion wird der „BBB“ für den kostendeckenden Preis von 2 DM verkauft. Um Gewinn zu erzielen, müßte der „BBB“ 3,20 DM kosten.



# Das Pferd im Galopp beschlagen

Anlässlich eines Gesprächs der Gruppe der Frauen mit dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, und der Beauftragten für Frauenbelange, Annelore Chaberny, erklärte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bärbel Sothmann:

Die Situation und die Perspektiven – insbesondere von Frauen – auf dem Arbeitsmarkt waren Gegenstand des Gesprächs der Gruppe der Frauen mit dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, und der Beauftragten für Frauenbelange der Bundesanstalt für Arbeit, Annelore Chaberny.

Die Ausweitung des Dienstleistungsbereiches in den letzten Jahrzehnten hat die Erwerbstätigkeit von Frauen gefördert. Erstmals seit 1969 war 1995 die Arbeitslosigkeit von Frauen in den alten Bundesländern geringer als die der Männer (9,2 Prozent: 9,3 Prozent). 1995 ist die Erwerbstätigkeit von Frauen in den neuen Bundesländern stärker gestiegen als die der Männer: 11 Prozent weniger Frauen als im Vorjahr waren arbeitslos! Jedoch: Auch wenn die Arbeitsmarktsituation von Frauen im Vergleich zu Männern 1995 relativ günstiger aussieht, haben es Frauen auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor schwerer als Männer. In den neuen Bundesländern sind zwei Drittel der Arbeitslosen Frauen, Frauen werden als erste entlassen und als letzte wieder eingestellt, Frauen haben erhebliche Schwierigkeiten, nach einer Familien- oder Pflegepause wieder Arbeit zu finden.

Angesichts der wachsenden strukturellen Arbeitslosigkeit reicht wirtschaftliches Wachstum alleine nicht aus, um die schwierige Situation auf dem Arbeitsmarkt zu entspannen. Die Gruppe der Frauen stimmt mit Bernhard Jagoda über-

ein, daß viele Einzelantworten zu einer Gesamtantwort gebündelt werden müssen, um der Komplexität des Problems gerecht zu werden.

Der derzeitige Umstrukturierungsprozeß auf dem Arbeitsmarkt muß als Chance begriffen und genutzt werden. Es gilt, „das Pferd im Galopp zu beschlagen“.

Die Perspektiven für Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt würden sich erheblich verbessern, wenn sich das gesamtgesellschaftliche Klima verändert und man kreativ über Arbeitszeit nachdenkt. Über Teil- bzw. Mobilzeit wird viel gesprochen.

## Den Umstrukturierungsprozeß auf dem Arbeitsmarkt als Chance nutzen

doch bei der Umsetzung hakt es. Frauen und Männer wollen Familien- und Erwerbsarbeit vereinbaren. Der technische Fortschritt (Multimedia) bietet immense Chancen, die Zeitsouveränität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr zu achten und neue Arbeitsfelder zu schaffen. Gleichzeitig ist ständige berufliche Weiterbildung gefragt als Voraussetzung dafür, die ständig steigenden Anforderungen der Arbeitswelt zu bewältigen.

Zudem sind die Entscheidungsprozesse in der Bundesrepublik Deutschland zu beschleunigen, damit nicht mehr Forschungs- und Produktionsstätten sowie Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden.

**Kurz gesagt:** Arbeitsmarktpolitische Instrumente allein reichen nicht aus, die Situation des Arbeitsmarktes entscheidend zu verbessern. Flexibilisierung (der Arbeitsorganisation, der Arbeitszeit) und Entbürokratisierung sind die Schlüsselwörter. ■



## Innovationspreis der deutschen Wirtschaft 1995

**Für die Entwicklung eines Teststreifens, mit dem sich ein Herzinfarkt innerhalb weniger Minuten nachweisen läßt, hat die Boehringer Mannheim GmbH den Innovationspreis der deutschen Wirtschaft in der Kategorie Großunternehmen erhalten.**

Die 23köpfige Jury aus Forschung und Industrie will damit eine spektakuläre Leistung belohnen, die Tausenden von Menschen das Leben retten kann.

### Reinigung per Laser

In der Kategorie mittelständische Unternehmen erhielt die Gebr. Effing GmbH Maschinenfabrik im münsterländischen Vreden-Ammeloe den In-

novationspreis für eine Anlage zur Reinigung von Tiefdruckzylindern per Laser. Vorteil: ein schnelles und umweltschonendes Verfahren.

### Silizium-Sensor

Die Nanosensors Dr. Olaf Wolter GmbH in Aidlingen wurde in der Kategorie Start-up-Unternehmen für die Entwicklung eines Siliziumsensors für die Kraftmikroskopie ausgezeichnet. Die schwäbische Firma eröffnet mit diesem Produkt Forschern in aller Welt neue Horizonte: Mit Hilfe des Sensors lassen sich nicht nur Atome, sondern etwa auch Gene, Viren, Bakterien oder Datenbits auf Computerfestplatten sichtbar machen.

## Mail-Box als Paint-Box – Weiterbildung im Internet

**Am 22. Januar ist ein neues Projekt aus der Taufe gehoben worden, das Angebote zur künstlerischen Bildgestaltung für Kinder und Jugendliche entwickelt. Moderne Informationstechnologien werden für die kulturelle Bildung genutzt.**

Die Neugier und Unvoreingenommenheit junger Menschen gegenüber neuen Entwicklungen in Technik, Wissenschaft und Kunst bietet Ansätze, um Möglichkeiten künstlerischer Bildgestaltung an vernetzten Computern zu entwickeln. Nicht passiver Medienkonsum, sondern aktives künstlerisches Gestalten und Kommunizieren mit Hilfe neuer technischer Möglichkeiten sind das Ziel des Vorhabens. Das Bundesbildungsministerium stellt

für dieses Projekt 1,3 Mio. DM bereit. Die Durchführung liegt beim Institut für Bildung und Kultur in Remscheid. Bundesweit werden zwölf jugendkulturelle Einrichtungen z. T. in Kooperation mit Universitäten und künstlerischen Hochschulen mitarbeiten. Die beteiligten Einrichtungen werden mit einer Kooperationsstelle im Remscheider Institut vernetzt.

### Wissenserweiterung

In einer projektbegleitenden Weiterbildungsreihe erhalten die betreuenden Kunst- und Kulturpädagogen Gelegenheit, die pädagogischen, künstlerischen und technischen Fragen zu diskutieren und ihr Wissen mit Hilfe von Medienexperten zu erweitern.



# Rentenanpassung soll Abstand zum Westen verringern

## Eine Kürzung von Renten steht nicht zur Diskussion

Schneller als erwartet will Bundesarbeitsminister Norbert Blüm die Rentenanpassung im Osten auf die Systematik umstellen, die für den Westen gilt. Danach würden die Renten im Osten wie im Westen entsprechend der Nettolohnentwicklung angepaßt. Nach vorläufigen Berechnungen ergäbe sich daraus ein Zuwachs von 0,2 Prozent für Westdeutschland und ein Zuwachs von 5,1 Prozent für Ostdeutschland.

Der thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel hat dazu in einer ersten Stellungnahme „zuallererst“ in Richtung Osten betont:

*Es wird keine Absenkung der Renten geben. Die Diskussion geht um die Geschwindigkeit der Steigerung.*

Auch der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR), Jürgen Husmann, unterstreicht:

*Eine Kürzung von Renten im Westen steht nicht zur Diskussion. Die Renten sind an die Nettoverdienste der Arbeitnehmer gekoppelt, und deshalb wird es 1996 eine moderate Rentenerhöhung geben.*

Ganz ähnlich wie diese beiden Stimmen kommentiert auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 30. Januar und sieht keinen Grund für eine Verunsicherung bei Rentnern und Versicherten:

*Daß Renten nicht gezahlt oder gekürzt werden, hat niemand zu befürchten. Die Renten bleiben an die Netto-Arbeitsverdienste gekoppelt. Steigen diese, so steigen*

*gen die Renten mit. Wachsen die Nettolöhne dagegen nicht, so haben auch die Rentner keine höheren Leistungen zu erwarten.*

**„Der Verlässlichkeit des Rentensystems und den Arbeitsplätzen“ dient nach Meinung der „Welt“ vom 30. Januar „die beabsichtigte Anpassung“, so schmerzlich „einige Einschnitte“ dabei auch sein mögen:**

*Die Rentenformel, nach der die Altersbezüge nur in dem Maße steigen können, wie die Nettolöhne der aktiven Arbeitnehmer wachsen, definiert die Solidarität zwischen den Generationen. Für die neuen*

**Norbert Blüm: Eine Minus-Anpassung der Renten wird es nicht geben.**

*Bundesländer machte man eine Ausnahme: Die Renten wurden zweimal im Jahr erhöht und eilten der Lohnentwicklung voraus. Nachdem die Ostrenten von 40 Prozent auf 82 Prozent der Westrenten gestiegen sind, ist es nicht unbillig, diese Ausnahme leicht zu korrigieren. Nach Blüms Plänen werden die Alterseinkommen in den neuen Ländern weiter etwas stärker steigen als in den alten, aber eben nicht mehr so rasch. So schmerzlich einige Einschnitte sein mögen – sie dienen der Verlässlichkeit des Rentensystems und den Arbeitsplätzen. Wenn es nur gelänge, den heute sehr frühen Rentenbeginn um ein Jahr hinauszuschieben, würden allein dadurch 27 Milliarden Mark gespart. Das entspricht zwei Prozentpunkten beim Rentenbeitrag.*



## Wußten Sie, daß

- **Lothar Bisky, der PDS-Vorsitzende, in seiner Rede auf dem letzten PDS-Parteitag in Magdeburg für ein linkes Lager zur Ablösung der Union warb?:**

„Gibt es diesseits der Union neue Konstellationen, entstehen Bündnisse, die die Verkrustungen in diesem Land aufbrechen können? Vielleicht sogar mit unserer Beteiligung? Ja und Nein. (. . .) Auf absehbare Zeit wird die Ablösung der Konservativen in Deutschland ohne die PDS nicht wahrscheinlich sein!“

- **die stellvertretende Vorsitzende der PDS, Angela Marquardt, in ihrer Parteitagsrede Ablehnung gegenüber dem parlamentarischen System zeigte?:**

„Für mich aber fängt die Mitte der Gesellschaft auf der Straße an, nicht in den Fraktionsbüros und schon gar nicht in einer Staatskanzlei. Ich wünsche mir deshalb eine Partei, die nicht nach parlamentarischen Mehrheiten für die Machtbeteiligung, sondern nach gesellschaftlichen Mehrheiten für Veränderungen sucht.“

- **der Kultusminister von Sachsen-Anhalt, Karl-Heinz Reck (SPD), auf dem Magdeburger Parteitag der PDS an einem Forum teilnahm?**

Auf die Frage, ob er sich einen PDS-Finanzminister vorstellen könne, antwortete er: „Wenn Sie einen guten haben, warum nicht?“ (Bonner Generalanzeiger, 29. 1. 1996)

- **der PDS-Bundestagsabgeordnete Heinrich Graf von Einsiedel in einem Brief an den Parteivorstand davor warnt, „die Partei des demokratischen Sozialismus in irgendeine Art von kommunistischer Partei zurückwandeln zu wollen“?**  
(Freie Presse, 26. 1. 1996)

- **Michael Benjamin, im Vorstand der Kommunistischen Plattform, PDS-Mitglieder wie folgt charakterisiert?:**

## Was Sie über Lafontaines

## Wunschpartner wissen sollten

„Ich würde es so formulieren, daß ein sehr großer Teil und sicherlich die Mehrzahl der Mitglieder der PDS sich in der einen oder anderen Weise kommunistischen Traditionen verbunden fühlt. Das findet ja auch im Programm der PDS seinen Ausdruck.“ (Report, 27. 11. 1995)

- **der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Hansjörg Geiger, die PDS mit den Worten beschrieb?:**

„Gleichzeitig sieht sich die PDS bewußt in der Nachfolge der SED. Sie hat nicht den Bruch vollzogen . . . Neunzig Prozent des Mitgliederbestandes sind Altkader, und wenn ich sehe, was sie heute macht, fällt mir auf, daß sie mit zum Teil gewaltbereiten linksextremistischen Organisationen Kontakte knüpft.“ (ntv, 19. 1. 1996)



## Helmut Kohl: Chirac hat Wort gehalten

**Zur Entscheidung des französischen Präsidenten, die Nuklearversuche einzustellen, erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl:**

Ich begrüße die Entscheidung des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac, die französischen Nuklearversuche im Pazifik endgültig einzustellen. Präsident Chirac hat damit Wort gehalten und die Testserie zum frühestmöglichen Zeitpunkt abgeschlossen. Besonders begrüße ich, daß Frankreich zu seinem Engagement steht, einen überprüfbaren und weltweit anwendbaren umfassenden Test-

stoppvertrag so schnell wie möglich zu unterzeichnen.

Die von mir geführte Bundesregierung hat sich stets mit Nachdruck für dieses Anliegen eingesetzt. Ich bin überzeugt, daß Präsident Chiracs Entscheidung dazu beitragen wird, nunmehr zu einem zügigen Abschluß der Verhandlungen über diesen Vertrag zu kommen.

Gemeinsam mit unseren Partnern werden wir alles in unseren Kräften Stehende tun, um dieses Ziel möglichst bald zu erreichen.

## Stärkung des Mittelstandes in der EU

**Der deutsche CDU-Europaabgeordnete aus Südbaden, Karl von Wogau (EVP/CDU), ist zum stellvertretenden Vorsitzenden der neugegründeten Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Europäischen Volkspartei (EVP) gewählt worden.**

Wogau, der auch Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Währung und Industriepolitik im Europäischen Parlament ist, erklärte nach seiner Wahl, daß er die Hauptaufgabe seines neuen Amtes darin sehe, die besonderen Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen in der Europäischen Union zu fördern. „Die Bedeutung dieser Unternehmen für den Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist unumstritten. Sie müssen daher besonders, auch im Rahmen der EU, gefördert werden. Hierzu gehört der leichtere Zugang zu Ausschreibungen

und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Tätigkeiten der KMU auf europäischer Ebene“, erklärte Wogau.

Hier könne auch der Wirtschaftsausschuß des Europäischen Parlaments eine wichtige Rolle spielen, da dieser direkt an der Gesetzgebung im wirtschaftlichen Bereich beteiligt sei.

Die Mittelstandsvereinigung der EVP wurde am 12. Januar 1996 in Brüssel gegründet. Sie ist die Nachfolgeorganisation der Europäischen Mittelstandsvereinigung EMV, die am 31. Dezember 1995 aufgelöst wurde. Die neugegründete Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung trägt der Vergrößerung der EVP auf 20 Mitgliedsparteien und damit der notwendigen Neustrukturierung der Interessenvertretung der KMU auf europäischer Ebene Rechnung.



## Die Erinnerung wachhalten

**Zum ersten Gedenktag für die Opfer der Nazi-Diktatur am 27. Januar erklärte Generalsekretär Peter Hintze:**

**Hintze:**

Wir begrüßen, daß über 50 Jahre nach dem Ende der Nazi-Diktatur ein Gedenktag für die ermordeten Juden und alle anderen Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geschaffen wurde. Ich wünsche mir, daß in Elternhäusern und Schulen, in Betrieben und Universitäten die Erinnerung an die Greuelthaten des Nationalsozialismus wachgehalten wird.

● Wir schulden diesen Tag in erster Linie den Opfern selbst. Sie sollen nicht noch um das einzige betrogen werden, was unsere Ohnmacht ihnen schenken kann: unser Gedächtnis.

● Wir schulden diesen Tag auch uns selbst, den heute Lebenden. Zwar gibt es keine kollektive Schuld. Aber es gibt eine kollektive Scham über das, was Menschen in deutschem Namen

angetan wurde. Und es gibt eine kollektive Verantwortung, der wir uns stellen.

● Wir schulden schließlich diesen Tag unserer und unserer Kinder Zukunft. Wer die Geschichte nicht kennt, steht in der Gefahr, ihre Fehler zu wiederholen.

---

### Die Opfer sollen nicht um unser Gedächtnis betrogen werden.

---

Aus der Erinnerung an die Barbarei der Nazi-Diktatur erwächst uns Deutschen die Pflicht, immer und überall für diejenigen einzutreten, denen fundamentale Menschenrechte vorenthalten werden. Die CDU nimmt diesen Tag auch zum Anlaß, sich auf ihre eigenen geistigen Wurzeln im Widerstand gegen die Nazi-Diktatur zu besinnen.

## Goldene Ehrenmedaille für Helmut Kohl

Mit der goldenen Ehrenmedaille der größten jüdischen Hilfsorganisation B'nai B'rith ist Bundeskanzler Helmut Kohl für sein Engagement für den Friedensprozeß im Nahen Osten ausgezeichnet worden. Der israelische Premierminister Schimon Peres, der zur Verleihung der „President's Medal for Humanitarianism“ nach München gekommen war, lobte den Bundes-

kanzler in seiner Laudatio als großen Europäer und Freund Israels.

B'nai B'rith setzt sich überparteilich und jenseits religiöser Orientierungen für den weltweiten geistig-kulturellen Zusammenhalt des Judentums ein. Vor Helmut Kohl zeichnete B'nai B'rith u.a. den amerikanischen Präsidenten Eisenhower, Willy Brandt und Richard von Weizsäcker aus.



# Einführung von Rabatten für Privat- und Geschäftskunden gefordert

**Der postpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und stellvertretende Vorsitzende des Regulierungsrates beim Bundesminister für Post und Telekommunikation, Elmar Müller, erklärte zur Sitzung des Regulierungsrates am 29. Januar:**

Ich begrüße die Entscheidung des Bundesministers für Post und Telekommunikation, Wolfgang Bötsch, die Beratung der sog. „Optionstarife für Geschäftskunden“ von der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Regulierungsrates zu nehmen.

Ich sehe sehr wohl die Notwendigkeit, der Telekom die Möglichkeit einzuräumen, ihren Kunden weitaus flexibler Rabatte anbieten zu können als bisher. Nur so kann die Telekom im bereits heute bestehenden Wettbewerb – aber erst recht im zukünftigen – bestehen.

Gleichwohl muß das Konzept ausgewogen sein und darf nicht einseitig Geschäftskunden bevorzugen. Rabatte für Privatkunden – z. B. für die Nutzung häufig gewählter

Rufnummern oder Volumenrabatte – müssen ebenso konkretisiert und als Konzept vorgelegt werden wie faire, den Kosten angepaßte Verrechnungspreise bei Mietleistungen.

Eine zusammenhängende Behandlung der Thematik bei der nächsten Regulierungsratsitzung am 11. März 1996 ermöglicht dem Bundespostminister auch eine zeitgerechte Prüfung einer Anfrage der EU, inwieweit die geplanten Optionstarife der Telekom ihre Wettbewerber benachteiligen können.

## Keine Tarifsenkung

Nicht zugestimmt werden konnte der SPD-Forderung nach einer pauschalen 35prozentigen Tarifsenkung, da dies weder in der Kompetenz des Regulierungsrates liegt noch als rein populistische Forderung der Politik gegenüber einem gerade privatisierten Unternehmen hingenommen werden konnte.

## Stellensuche über das Daten-Netz

Mit dem neuen Dienst „Arbeitsamt Online“ beginnt jetzt auch bei den Arbeitsämtern die Fahrt auf der Datenautostrasse. Der Dienst besteht aus dem Stellen-Informationen-Service (SIS), der einen Überblick über offene Stellen ermöglicht, dem neuen Arbeitgeber-Informationen-Service (AIS), mit dem Arbeitgeber nach geeigneten Arbeitskräften suchen können, sowie der Arbeitsamt-Info-Thek (AIT), die über die Leistungen des Arbeitsamtes informiert. Zunächst sind noch nicht alle

Angebote bundesweit verfügbar. „Arbeitsamt Online“ kann ab sofort täglich von 6 bis 24 Uhr über den Dienst T-Online der Deutschen Telekom unter der Nummer 6 91 00 bzw. „Arbeitsamt“ angewählt werden. „Alles, was anschließend noch getan werden muß, ist ein Anruf beim Arbeitsamt“, erklärte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda. In der ersten Erprobungsphase bis 1997 kostet das Projekt 5 Millionen Mark.



## CDU Baden-Württemberg geht in die Bildungsoffensive

**2.500 neue Lehrerstellen will die CDU in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2001 schaffen.**

Das ist das wichtigste Vorhaben der bildungspolitischen Pläne, die Ministerpräsident Erwin Teufel und Kultusministerin Annette Schavan am 22. Januar für die nächste Legislaturperiode vorgestellt haben. Trotz aller Finanzierungsschwierigkeiten bräuchten Kinder – so Erwin Teufel – ein breites Bildungsangebot. Der Ministerpräsident versprach außerdem ein Sonderprogramm für den Schulhausbau.

**„Bar jeden finanzpolitischen Realitätssinns“ habe, so kommentieren die „Stuttgarter Nachrichten“ vom 23. Januar, die SPD 8.000 Lehrer neu einstellen wollen, aber diesen Beschluß „durch die Hintertür kassiert“:**

*Die CDU hat am Montag das Thema für sich abgeräumt. 2.500 neue Pädagogen sollen in den nächsten fünf Jahren eingestellt werden. Daß dies acht Wochen vor dem Urnengang in Baden-Württemberg unter die Kategorie Wahlversprechen fällt, wird niemand ernsthaft bestreiten. Und doch war die Festlegung unvermeidlich. Die neue Kultusministerin Annette Schavan,*

*mittlerweile vielerorts gelobt, durfte man nicht ohne ein Bonbon in den Wahlkampf schicken.*

**Als einen „klugen Zug“ hat die „Stuttgarter Zeitung“ vom 23. Januar den Beschluß der baden-württembergischen CDU bezeichnet, 2.500 zusätzliche Lehrerstellen zu beschaffen; trotzdem hat sie dieser Beschluß überrascht, denn:**

*Noch vor einem halben Jahr sah es ganz so aus, als würde sich in der Union eher die harte Linie des Finanzministers durchsetzen: möglichst wenig neue Stellen. Doch dann kam Annette Schavan, die neue Kultusministerin. Mit ihr entdeckte Ministerpräsident Erwin Teufel das Thema Bildung neu, sah die Probleme der Schulen mit dem Schülerberg – und plötzlich ist auch Gerhard Mayer-Vorfelder ganz auf ihrer Seite. Offenbar erkannte auch der Hüter des Staatssäckels und frühere Kultusminister die Schwierigkeiten, die viele Schulen jetzt schon mit der Unterrichtsversorgung haben. Für die Schüler, Eltern und Lehrer ist die Ankündigung von Teufel und Schavan ein gutes Signal. Es zeigt, daß die Bildung der Jugend als Kernaufgabe der Landespolitik sehr wichtig genommen wird. ■*

## Deutsche Post AG: Mehr Ausbildungsplätze als 1995

Die Post erhöht ihr Ausbildungsplatzangebot gegenüber 1995 um über 10 Prozent. Mehr als 1.900 junge Leute werden nach ihrem Schulabschluß bei der Post mit einer modernen und zukunftssträchtigen Ausbildung in einem von vier Berufen beginnen können. Knapp 20 Prozent der Ausbil-

dungslplätze liegen bei Niederlassungen in den neuen Bundesländern. Dort und in den alten Bundesländern wird das Unternehmen bemüht sein, den jungen Leuten nach der Ausbildung freie, ihrem Ausbildungsgang entsprechende Arbeitsplätze für eine Beschäftigung anzubieten. ■



# Bosnische Flüchtlinge werden in ihrer Heimat gebraucht

**Nach Rückkehr von einem zweitägigen Aufenthalt in Sarajevo erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hannelore Röscher:**

Die bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge, die sich zur Zeit in der Bundesrepublik aufhalten, werden zum Wiederaufbau ihres Heimatlandes dringend gebraucht. In einem Gespräch betonte auch der bosnische Flüchtlingsminister Cero, daß Bosnien-Herzegowina gerade nicht auf die jungen Mitbürger verzichten könne, die ins Ausland geflüchtet seien.

In vielen Gebieten leben nur noch ältere Menschen, die ihre zerstörten Dörfer aus eigener Kraft nicht wieder aufbauen können. Um dabei zu helfen, dürfen die Bürgerkriegsflüchtlinge nicht aus ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl entbunden werden.

Ihr Verbleiben in der Bundesrepublik war bis zum Ende der Kriegshandlungen befristet. Deshalb haben die Innenminister zu Recht beschlossen, möglichst bald mit der Rückkehr der Flüchtlinge zu beginnen. Dabei sollten moslemische und kroatische Bosnier auch in ihre noch serbisch besetzte Heimatregion zurückkehren können, wobei

es eine Rückkehr in das eigene Haus nur im Einzelfall geben wird. Der bosnische Flüchtlingsminister Cero sprach sich nachdrücklich gegen eine Rückkehrprämie aus.

## Wieder zueinanderfinden

Angesichts der äußerst niedrigen Löhne in Bosnien-Herzegowina würde eine Rückkehrprämie zu schweren Ungerechtigkeiten gegenüber den im Kriegsgebiet verbliebenen Bürgern führen. Es ist an der Zeit, daß anstelle von Krieg und ethnischer Säuberung nun endlich das Verzeihen beginnt. So wachsen die ethnischen Volksgruppen wieder zusammen und finden Familien wieder zueinander.

Während meines Aufenthaltes konnte ich mich auch davon überzeugen, daß die von 20 großen Unternehmen gespendeten 28 Tonnen Hilfsgüter in Sarajevo angekommen sind.

Sie konnten bereits fast vollständig von der Johanniter-Unfall-Hilfe, Cap Anamur und den bosnischen Organisationen der Moslems, Serben, Kroaten und der jüdischen Gemeinde Sarajevos an die notleidende Bevölkerung in Alten- und Kinderheimen sowie an Einzelpersonen verteilt werden.

## Jugendkultur in Dresden

Der christlich demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. bietet vom 14. bis 16. 3. 1996 in der sächsischen Hauptstadt ein Jugendkulturseminar für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 26 Jahren an. Das interessante Seminarprogramm beinhaltet u. a. eine entdeckende Stadterkundung, einen

Besuch in der Semperoper, eine Besichtigung der Dresdener Gemäldegalerie und einen Ausflug zu verschiedenen Schlössern in der näheren Umgebung. Informationen und Programme sind erhältlich bei:  
**Frischluft e.V., Postfach 24 01 16, 53154 Bonn, Tel.: (02 28) 31 00 23, Fax: (02 28) 31 47 03.**



# Deutschland will die Aussöhnung mit der Tschechischen Republik

**Zu den aktuellen Problemen im deutsch-tschechischen Verhältnis erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters, in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vom 19. Januar:**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bedauert die aktuellen Schwierigkeiten bei den deutsch-tschechischen Verhandlungen. Nach wie vor ist die Politik von Bundesregierung und Koalition von dem guten Willen gekennzeichnet, die deutsch-tschechischen Beziehungen weiterzuentwickeln. Deutschland versteht sich als Anwalt der Tschechischen Republik, wenn es um den baldigen Beitritt zur NATO und zur Europäischen Union geht.

Die wirtschaftspolitischen, sicherheitspolitischen und kulturellen Beziehungen und auch die grenznahe Zusammenarbeit vollzieht sich auf einem sehr guten und hohen Standard. Auch bei der Aufarbeitung der Vergangenheit ist Bonn zu einer Politik der Vertrauensbildung, der Aussöhnung und damit zur Lösung der noch offenen Fragen bereit. Dies gilt auch mit Blick auf die in der Tschechischen Republik noch lebenden Opfer schweren nationalsozialistischen Unrechts.

Es ist allerdings nicht zu verstehen, warum die tschechische Seite bis heute nicht bereit ist, das Unrecht der Vertreibung von Sudetendeutschen als solches zu benennen und sich davon zu distanzieren. Wir fragen uns, ob tatsächlich zwischen zwei mittel-

europäischen Nachbarn ein derart unterschiedliches Rechtsempfinden besteht. In diesem Zusammenhang ist an das gemeinsame Wort der tschechischen und deutschen Bischöfe aus Anlaß des 50jährigen Gedenkens an das Ende des Zweiten Weltkriegs zu erinnern, in dem festgestellt wird: „Erzwungene Umsiedlung und Vertreibung sind Unrecht, wo immer sie geschehen sind und in unseren Tagen geschehen.“

Sie trafen viele Tschechen während der deutschen Okkupation, und sie trafen die

**Rudolf Seiters: Bonn ist zur Lösung der noch offenen Fragen bereit.**

Sudetendeutschen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Auch heute darf dieses Mittel der Gewaltpolitik von niemandem für Recht erklärt werden.“

Vor diesem Hintergrund ist auch die Kritik des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Günter Verheugen, an der Politik der Bundesregierung kaum verständlich. Auch die SPD hat bislang immer die Distanzierung der tschechischen Seite vom Unrecht der Vertreibung gefordert. Wir sollten uns davor hüten, das deutsch-tschechische Verhältnis zum Gegenstand falscher parteipolitischer Auseinandersetzungen zu machen.

**Unsere  
Elektronischen  
Adressen:**

● INTERNET  
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE  
\*CDU#

● X 400  
c = de; a = dbp;  
p = cdu; s = bund



# Auferstanden aus Ruinen ...?

## PDS nach dem Super-Wahljahr 1994

**Bei der Vorstellung einer neuen PDS-Studie erklärte der Geschäftsführende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Gerd Langguth:**

**1.** 1995 haben die eindeutig kommunistischen Strömungen in der PDS an Einfluß gewonnen. Dadurch entwickelt sich die PDS immer stärker zu einer extremistischen Partei. Die Partei versucht systematisch, das linksextremistische Spektrum in Westdeutschland, von den ehemaligen K-Gruppen bis zur DKP, zu integrieren. Entgegen ihrer Rhetorik setzt sie letztlich auf einen demokratiefeindlichen Widerstandsbegriff.

Die PDS stellt ihren ideologischen Pluralismus gerne nach außen zur Schau. De facto ist der Pluralismus in der PDS jedoch ein Scheinpluralismus. Die Partei und ihr Apparat werden von einem nur wenige Köpfe umfassenden Machtkartell beherrscht: Gregor Gysi, Medien-Star der Partei, André Brie, Chef-Ideologe im Hintergrund, Dietmar Bartsch, Schatzmeister, und Lothar Bisky, der Bundesvorsitzende und profilierte Taktiker.

Der Parteiapparat ist ein wichtiges Instrument der PDS-Strategie. Die Arbeitsgemeinschaften beim Parteivorstand (AG) dienen der Parteispitze in ihrer Brückenfunktion als wichtige Nahtstellen zu den gesellschaftlichen Zielgruppen der PDS. Die Parteiführung ist seit 1994 bemüht, diesen Apparat weiter zu stärken und zu zentralisieren. Mit den AG „Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“, „Rechtsextremismus und Antifaschismus“, „Junge GenossInnen“ und der „Ökologischen Plattform“ sollen Gewerkschaften, „Antifa“-Bewe-

gung, die alternative Szene und die Grünen infiltriert werden. Auch die Eroberung der Studentenschaft gehört zur Unterwanderungsstrategie der PDS.

Zwar hält sich die PDS vordergründig an die Spielregeln des Parlamentarismus, doch widerspricht ihr Politikverständnis letztlich der freiheitlichen Demokratie. Marxistische und kommunistische Dogmatiker gewinnen, zusammen mit den anderen Linksextremisten in der Partei, immer mehr Oberwasser.

Aus dem linksextremen politischen Spektrum ragen in der PDS heraus: das links-

### Konrad-Adenauer-Stiftung legt neue Studie vor

extremistische Umfeld in den alten Bundesländern, die AG „Junge GenossInnen“, die AG „Autonome Jugend“, „Autonome Gruppen“, die „Anarchistische Plattform“, „Kommunistische Plattform“ der PDS (KPF). Zusätzlich wurde im Sommer 1995 das sogenannte „Marxistische Forum“ aus der Taufe gehoben, in dem sich jene zusammgefunden haben, die eine Renaissance klassischer marxistischer Positionen in der PDS fordern.

Es wäre also eine gefährliche Verkürzung des extremistischen Charakters der PDS, sich nur auf die KPF zu konzentrieren. Diese ist aber zweifellos die bekannteste Organisation innerhalb des extremistischen Spektrums in der PDS. Sie verfügt über eine eigene Organisationsstruktur und Satzung. Ihre Mitgliederzahl wird auf etwa 4.500 geschätzt.



Sie artikuliert die alte SED-Ideologie am deutlichsten. Die KPF bekennt sich nicht nur eindeutig zum Marxismus-Leninismus, indem sie die revolutionäre Transformation der kapitalistischen Klassengesellschaft in eine neue, klassenlose Gesellschaft propagiert. Sahara Wagenknecht, die die KPF früher im Bundesvorstand der PDS vertrat und auch heute noch sehr viele Anhänger in der Partei hat, schreckt auch vor einer Verherrlichung des Stalinismus nicht zurück.

Die KPF unterhält enge Kontakte zur DKP, die sie als natürliche Verbündete ansieht. Die KPF fungiert als zentrales Bindeglied zu den „orthodox-kommunistischen Linken“.

**2.** Die PDS hat ihren Zenit überschritten: Die Wahlen in Bremen und Berlin 1995 haben gezeigt, daß sie sich keine neuen Wählerschichten erschließen konnte. Nur ihr Stammwählermilieu konnte sie fest an sich binden. Während sie in den alten Ländern nach wie vor eindeutig abgelehnt wird, profitiert sie im Osten von einer gewissen, aber auch begrenzten DDR-Nostalgie.

Die PDS ist nicht die Partei der „arbeitenden Schichten“. Als Milieupartei bindet sie vor allem die ehemaligen DDR-Eliten an sich, die das Ende der DDR als persönlichen, wirtschaftlichen, aber auch ideologischen Verlust empfinden. Sie fühlen sich häufig als „Einheitsverlierer“.

Sie sind dies allerdings nicht im materiellen, sondern im ideologischen Sinne. Denn die PDS ist weithin die Partei der Besserverdienenden. Ihre Stammwähler eint die ideologische Verbindung mit dem Sozialismus, trübe Zukunftserwartungen und eine pessimistische Weltsicht.

**3.** Die PDS versteht sich als linke Strömungspartei, die sich um die Integration des äußersten linken bis linksextremistischen Spektrums im In- und Ausland

bemüht. Sie arbeitet verstärkt mit linksextremen und gewaltbereiten Gruppen zusammen und solidarisiert sich mit diesen.

Zentral für das Politikverständnis der PDS bleibt der Begriff „Widerstand“. Die Partei will gegen die herrschenden „kapitalistischen“ Verhältnisse einen breit angelegten Widerstand mobilisieren. In ihrem neuen Grundsatzprogramm vom Januar 1993 setzt sie sich zum Ziel, „daß die Herrschaft des Kapitals überwunden werden muß“. Die klassische kommunistische Idee besteht also fort: „In der PDS haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegenzusetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.“

Mit dem Widerstandsbegriff der PDS verbindet sich nicht nur das Auspielen einer angeblich bloß formalen Legalität gegen eine vermeintlich höherwertige Legitimität, sondern auch die Anerkennung von Illegalität und Gewalt als legitime Mittel im Kampf gegen das System.

## Keine Absage an Gewalt

Solange die PDS sich nicht von den Linksextremisten, wie den Autonomen, den K-Gruppen und dem RAF-Sympathisantenumfeld in den eigenen Reihen trennt, lehnt sie Gewalt, militante Protestformen und rechtswidrige Aktionen als Mittel der politischen Auseinandersetzung nicht generell ab.

Die Themenauswahl der PDS ist ein Hinweis auf Kontakte in das extremistische Lager. PDS-Mitglieder und Parteigliederungen haben aktiv an der Kampagne gegen das Verbot der PKK und deren Nebenorganisationen teilgenommen. Gregor Gysi und mehrere PDS-Landesverbände aus



den westlichen Bundesländern haben den Aufruf der Großdemonstration „Für eine politische und demokratische Lösung der kurdischen Frage“ (25. Juni 1994 in Frankfurt am Main) unterstützt. Auf dieser Kundgebung sprach die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke.

**4.** Die PDS ist immer weniger bereit, sich von ihrer DDR-Vergangenheit zu lösen. Prominente Parteivertreter bestreiten den Unrechtscharakter des SED-Regimes. Die PDS steht in bruchloser Kontinuität zur diktatorischen SED, aus der sie durch schlichte Umbenennung entstand und deren Vermögen ihr zu beträchtlichem Reichtum verhalf. Sie tut alles, um die Politik der SED und ihr diktatorisches System der Unterdrückung nachträglich zu rechtfertigen.

### SED-Opfer kein Thema

Die Opfer der SED sind für die PDS dagegen kein Thema. Die „Geschichtsarbeit“ der PDS hat vor allem den Zweck, die Geschichte im eigenen Sinne umzuschreiben, und dabei gerade die Vereinigung von KPD und SPD zu rechtfertigen. Führende Parteipräsentanten sind stolz auf ihre spezifische DDR-Biographie.

Zur nachträglichen Rechtfertigung des „realen Sozialismus“ werden der „Antikapitalismus“ und der „Antifaschismus“ herangezogen. Damit begründet die PDS nicht nur ihre eigene Existenz, sondern auch die historische Berechtigung der DDR. Sie gibt zwar die Verbrechen einzeln zu, bestreitet aber die moralische Schuld der Funktionsträger des alten Systems generell.

Zwar gibt es aus den Reihen der Parteiführung immer wieder Appelle, sich offen-siv der Geschichte und der eigenen Biographie zu stellen. Dies kann aber allenfalls als eine Form von Imagepflege ge-

deutet werden. Man will nach außen sig-nalisieren, eine saubere, wählbare und po-litikfähige Partei zu sein.

**5.** Die PDS polarisiert wie keine andere Partei die Ost- und die Westdeutschen, in-dem sie antiwestliche Ressentiments schürt. Sie ist keine Partei der Einheit Deutschlands, sondern eine Partei der Spaltung.

Als Protestpartei bündelt die PDS in den neuen Ländern diffusen Protest, der sich an unterschiedlichen Aspekten des Vereini-gungsprozesses festmacht. In den alten Ländern konnte sie trotz massiver Be-mühungen, zuletzt in Bremen, nicht Fuß fassen, obwohl sie ihr politisches Überle-ben langfristig nur mit einem Wähler-stamm im Westen sichern kann. Die PDS steckt in einem Dilemma: Sie profitiert davon, ostdeutsche Protestwähler gegen den Westen auszuspielen, und ist zugleich darauf angewiesen, im Westen Stimmen zu gewinnen, wenn sie überleben will.

**Fazit:** Die PDS ist bis heute jeden Be-weis schuldig geblieben, daß sie ihre dik-tatorische Vergangenheit ernsthaft aufar-beiten will. Solange die Partei sich einer ehrlichen demokratischen Erneuerung ver-weigert und Extremisten in ihren eigenen Reihen duldet, die Gewalt als Mittel der Politik akzeptieren, darf es keine Zusam-menarbeit von Demokraten mit der PDS geben.

*Jürgen P. Lang/Patrick Moreau/Viola Neu: Auferstanden aus Ruinen...? Die PDS nach dem Super-Wahljahr 1994. Interne Studie 111/1995*

*Die Studie ist zu beziehen bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, Referat für Publikationen, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin, Telefax 0 22 41/2 46-4 79.*



● **Winter-Schal**

Ob für Wintersport, Schneewanderung oder Canvassing: mit dem Winterschal der CDU sind Sie bestens gerüstet für die kalte Jahreszeit. Deshalb sollte der CDU-Winterschal jetzt bei keiner Aktion bzw. an keinem Canvassingstand mehr fehlen, denn dieses ideale Werbemittel für die kalte Jahreszeit ist nützlich und attraktiv zugleich.

Bestell.-Nr.: **9362**

Verpackungseinheit: 1 Schal

Preis je Expl.: 9,45 DM



● **CDU-Eiskratzer**

*Ein aktiver Beitrag zum Abbau der Müllberge*

Klare Sicht nach vorn: Verteilen Sie jetzt auf Betriebs-, Supermarktparkplätzen oder im Parkhaus den Eiskratzer – zusammen mit dem neuesten Info-Material. Mit dem nützlichen und sehr begehrten Werbemittel hinterlassen Sie bei jedem Autofahrer einen positiven Eindruck. Doch auch der Umweltschutz wurde bei diesem Artikel nicht außer Acht gelassen. Deshalb wurde der CDU-Eiskratzer aus eingeschmolzenen Produktionsabfällen aus Polystyrol hergestellt, das z. B. für die Produktion von Joghurtbechern verwendet wird.

Bestell.-Nr.: **9890**

Mindestabnahme: 100 Expl.

Preis je 100 Expl. 69,- DM



Alle Preise zzgl.: MwSt. und Versand\*

Bestellungen an:  
IS-Versandzentrum  
Postfach 1164  
33759 Versmold  
Fax: (0 54 23) 4 15 21

(\*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50,- DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5,- DM erhoben).



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
53014 BONN



● **Klare Sicht nach vorn  
mit dem Fenster-  
schwamm der CDU**

Gerade in der etwas  
dunkleren Jahreszeit sind  
saubere Scheinwerfer

und Scheiben besonder  
wichtig.

Bestell-Nr.: **9488**

Verpackungseinheit:

10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 29,- DM

Bestellungen an:  
IS-Versandzentrum  
Postfach 1164  
33759 Versmold  
**Fax: (0 54 23) 4 15 21**

# UiD

4/1996

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:**  
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113  
Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs  
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.  
(02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:**  
Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.  
**Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183  
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504  
(BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 56,- DM.  
Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlags-  
anstalten GmbH, Düsseldorf.